20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 29. November 2026
Auswertung 1. Umfragewelle
Sperrfrist: 14. Oktober, 5.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

LeeWas

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate 7

1 Mehrwertsteuererhöhung für die AHV 13
- 1.1 Unterstützung nach Geschlecht . . . 14
- 1.2 Unterstützung nach Parteien . . . 15
- 1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen . . . 16
- 1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp . . . 17
- 1.5 Unterstützung nach Alter . . . 18
- 1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss . . . 19
- 1.7 Unterstützung nach Einkommen . . . 20
- 1.8 Argumente . . . 21

2 Feuerwerksinitiative 22
- 2.1 Unterstützung nach Geschlecht . . . 23
- 2.2 Unterstützung nach Parteien . . . 24
- 2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen . . . 25
- 2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp . . . 26
- 2.5 Unterstützung nach Alter . . . 27
- 2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss . . . 28
- 2.7 Unterstützung nach Einkommen . . . 29
- 2.8 Argumente . . . 30

3 Fairnessinitiative 31
- 3.1 Unterstützung nach Geschlecht . . . 32
- 3.2 Unterstützung nach Parteien . . . 33
- 3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen . . . 34
- 3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp . . . 35
- 3.5 Unterstützung nach Alter . . . 36
- 3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss . . . 37
- 3.7 Unterstützung nach Einkommen . . . 38
- 3.8 Argumente . . . 39

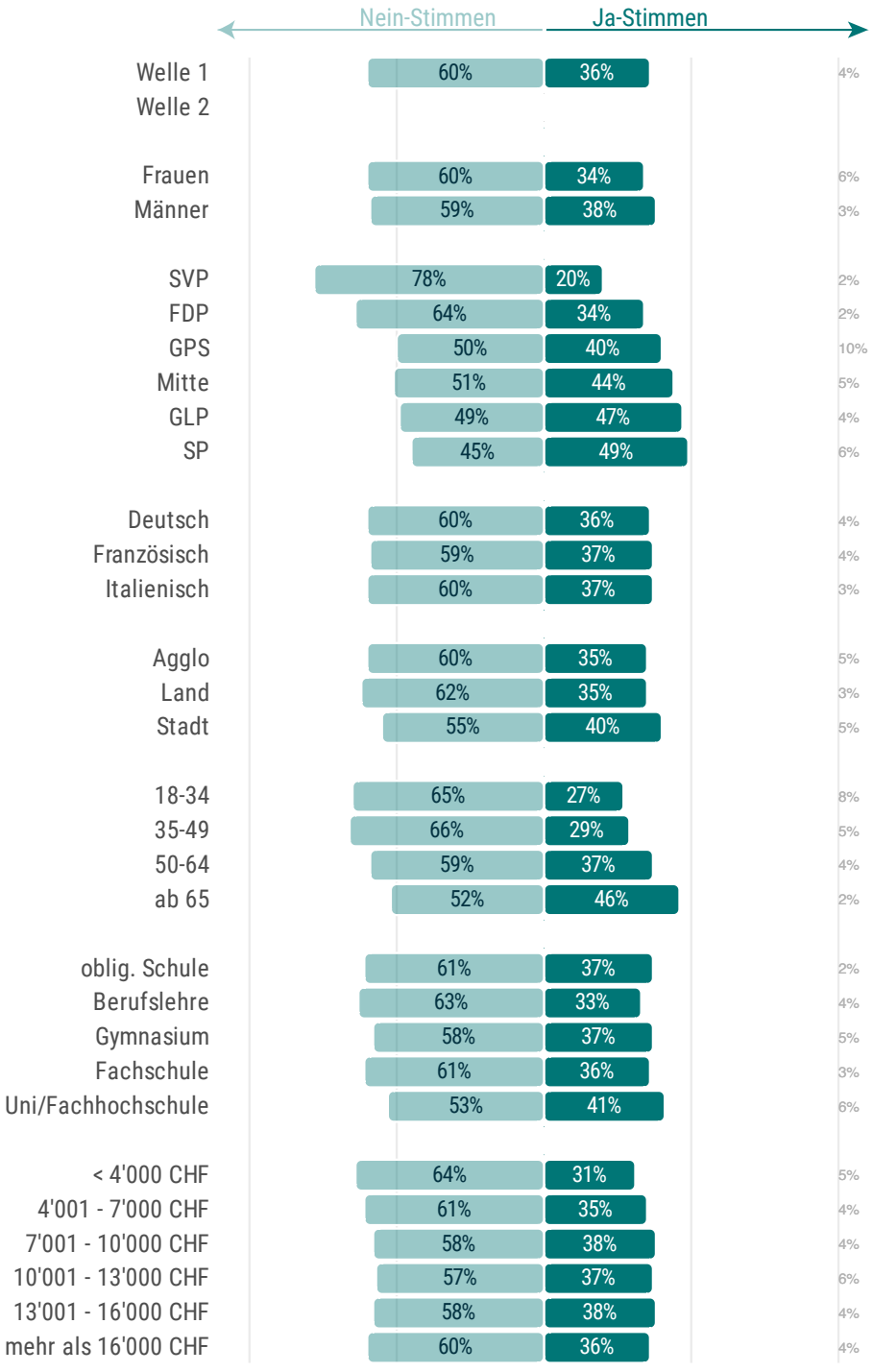
4 Kriegsmaterialgesetz 40
- 4.1 Unterstützung nach Geschlecht . . . 41
- 4.2 Unterstützung nach Parteien . . . 42
- 4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen . . . 43
- 4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp . . . 44
- 4.5 Unterstützung nach Alter . . . 45
- 4.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss . . . 46
- 4.7 Unterstützung nach Einkommen . . . 47
- 4.8 Argumente . . . 48

5 Technische Details 49

6 Statistische Unschärfe 49

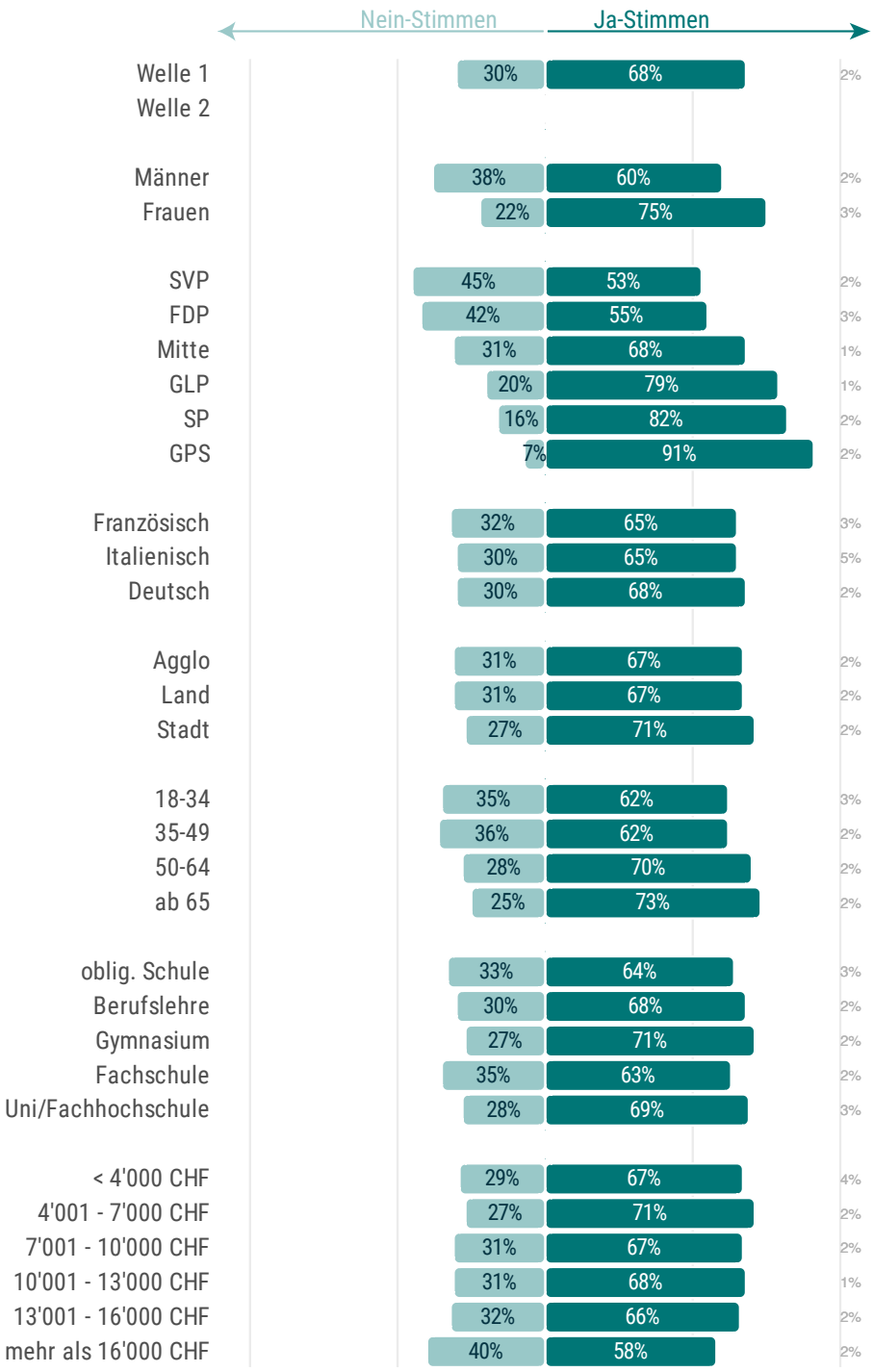
7 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz? 51

Mehrwertsteuererhöhung für die AHV



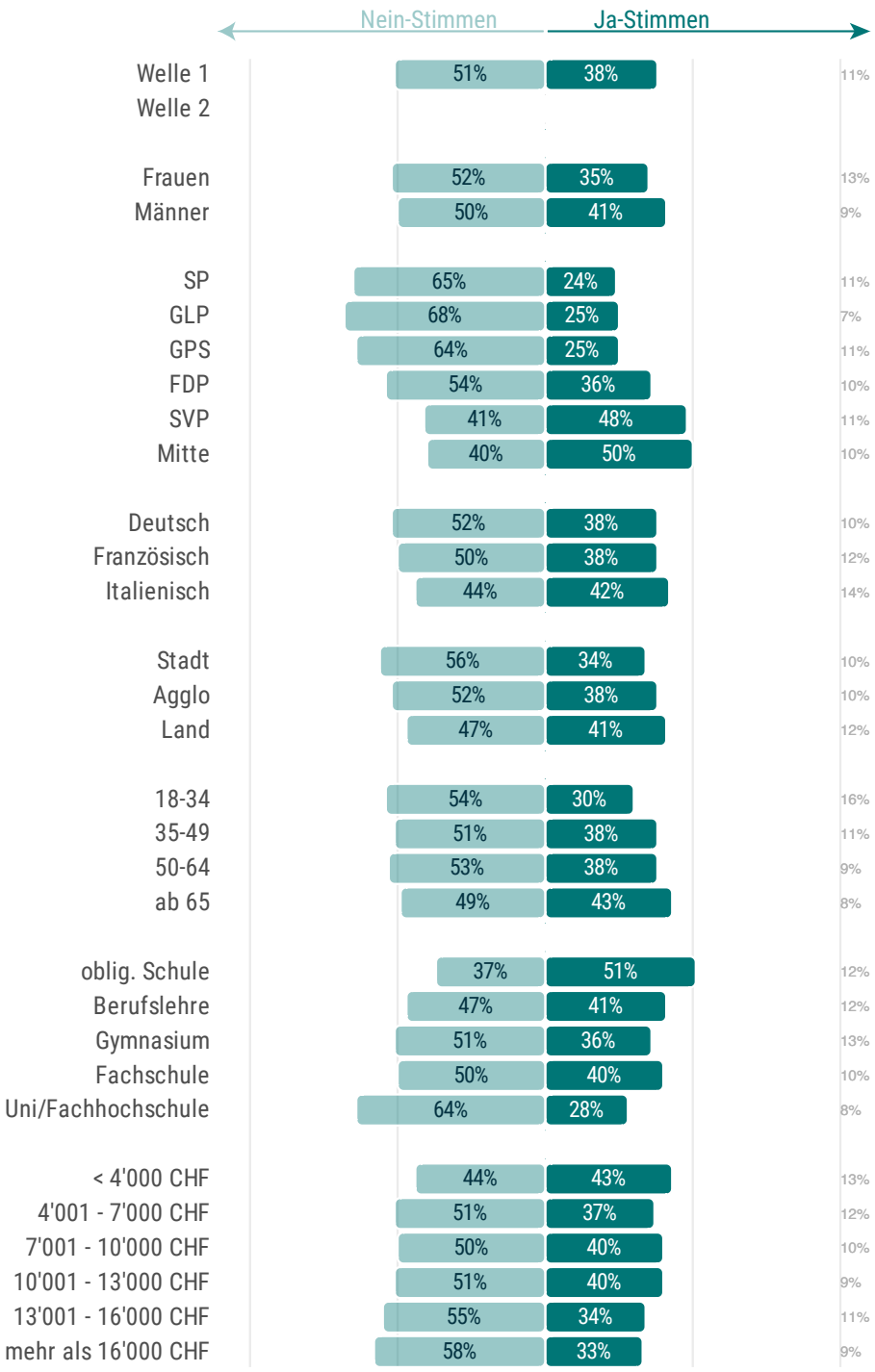
Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

Feuerwerksinitiative



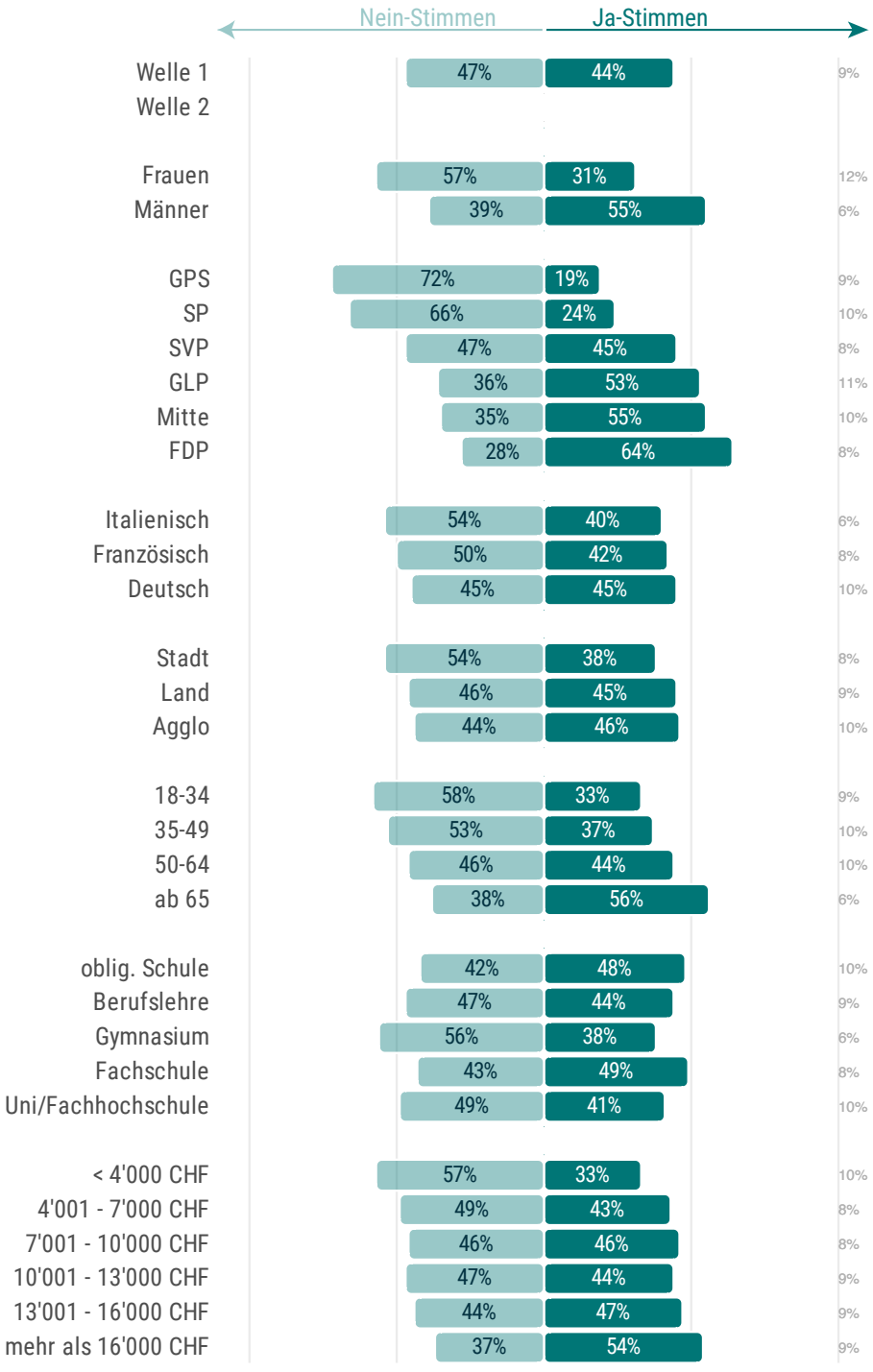
Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

Fairnessinitiative



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

Kriegsmaterialgesetz



Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

Zusammenfassung der Resultate

Am 29. November 2026 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über vier nationale Vorlagen ab: Die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes und die beiden Volksinitiativen «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» und «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»

Gemäss der 1. Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage, die am 7. und 8. Oktober 2026 online zugänglich war, wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung der 13. AHV-Rente zum aktuellen Zeitpunkt deutlich abgelehnt: Lediglich 36% der Stimmberechtigten sprechen sich dafür aus (bei 60% Nein und 4% Unentschiedenen). Die Fairnessinitiative der Mitte hat ebenfalls einen schweren Stand. Sie kommt aktuell auf 38% Ja-Stimmen (51% Nein, 11% Unentschiedene). Das Kriegsmaterialgesetz wollen aktuell 44% der Stimmbevölkerung unterstützen, 47% lehnen es ab (9% Unentschiedene). Eine breite Unterstützung hat hingegen die Feuerwerksinitiative mit 68% Ja (30% Nein, 2% Unentschiedene), wobei die Zustimmung für Initiativen typischerweise im Verlauf der Abstimmungskampagnen sinkt. Zudem sind bei allen vier Vorlagen die Anteile der «Eher Ja»- und «Eher Nein»-Antworten hoch, was auf eine noch wenig fortgeschrittene Meinungsbildung hindeutet.

Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung der 13. AHV-Rente wird zum aktuellen Zeitpunkt von der Wählerschaft keiner Partei mehrheitlich unterstützt. Am tiefsten ist die Zustimmung bei der SVP (20% Ja) und der FDP (34% Ja), während die Nein-Stimmen auch bei den Wähler:innen der Grünen, Mitte und GLP zahlreicher sind als die Ja-Stimmen. Nur bei der Basis der SP ist die Unterstützung mit 49% Ja etwas höher als die Ablehnung (45% Nein). In den weiteren Auswertungen finden sich praktisch keine Unterschiede in der Stimmbevölkerung, mit Ausnahme der Analyse nach Altersgruppen: Die Zustimmung ist mit 27% in der jüngsten Altersgruppe am tiefsten, steigt jedoch mit zunehmendem Alter deutlich an und erreicht 46% bei den über 65-Jährigen.

Die Befürworter:innen überzeugt vor allem ein Argument: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei gerecht, denn so würden nicht nur Erwerbstätige, sondern auch Rentnerinnen und Rentner, Unternehmen sowie ausländische Gäste zur Finanzierung beitragen. Die Gegnerschaft ist insbesondere wegen zwei Argumenten skeptisch: Eine Mehrwertsteuererhöhung verteuere zahlreiche Waren und Dienstleistungen und schmälere damit die Kaufkraft, besonders des Mittelstandes und von Haushalten mit kleinem Budget (38%). Etwa gleich viele Nein-Stimmende (35%) begründen ihre Ablehnung damit, dass es bessere Finanzierungsmöglichkeiten gäbe, als ständig die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Feuerwerksinitiative

Wie oft bei Initiativen startet auch die Feuerwerksinitiative mit Wohlwollen in der Stimmbevölkerung: Der Ja-Anteil liegt bei 68% (30% Nein, 2% Unentschiedene), bei Frauen sogar bei 75% (und bei Männern bei 60%). Die Unterstützung ist im links-grünen Lager am höchsten (SP 82% Ja, GPS 91% Ja), etwas tiefer bei den Wählenden der GLP und Mitte (79% und 68% Ja) und am tiefsten im Lager der SVP und FDP (53% und 55% Ja). Die Zustimmung nimmt mit steigendem Alter zu.

Für die Befürwortenden sticht ein Argument hervor: Die Knallerei versetze Haus-, Nutz- und Wildtiere in Panik und Dauerstress, und Fluchtreaktionen könnten zum Entlaufen, zu Verletzungen oder gar zum Tod der Tiere führen (43%). Die Gegnerschaft meint dagegen, das Zünden von Feuerwerk am 1. August oder an Silvester, aber auch an Stadt- und Vereinsfesten, sei ein fester Bestandteil der Schweizer Kultur und Festtagstradition (38%). Zudem seien die bestehenden Regeln ausreichend, weil Kantone und Gemeinden den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerk bereits heute zeitlich, örtlich oder über Bewilligungen einschränken können (37%).

Fairnessinitiative

Zum aktuellen Zeitpunkt wird die Neuauflage der Heiratsstrafeninitiative der Mitte von 38% der Stimmbevölkerung unterstützt, 51% lehnen das Anliegen ab und 11% machen noch keine Angabe zu ihrer Stimmabsicht. Der grosse Teil der Gegnerschaft verweist auf die erfolgreiche Abstimmung zur Individualbesteuerung am 8. März dieses Jahr als Grund für ihre Ablehnung. Die Wählerschaft der Mitte und der SVP stimmen mit 50% und 48% der Initiative zu (bei 40% und 41% Nein), während die Basis der SP, GLP und GPS das Anliegen sehr deutlich ablehnt (65%, 68% und 64% Nein, bei nur 24%, 25% und 25% Ja). Auch die Wählenden der FDP sind mit 54% gegen die Initiative (bei 36% Ja). Der Anteil der Unentschiedenen ist bei allen Parteien relativ gross. Die Zustimmung ist etwas höher bei Männern und auf dem Land (jeweils 41% Ja) im Vergleich zu Frauen (35% Ja) und der Stadt (34% Ja) und sinkt mit höherem Bildungsniveau und Einkommen.

Die Befürworter:innen überzeugen zwei Argumente: Zum einen sollten Ehepaare bei der direkten Bundessteuer nie mehr bezahlen als vergleichbare unverheiratete Paare (36%), zum anderen müssten sie nur eine Steuererklärung ausfüllen statt zwei wie bei der Individualbesteuerung. Das verringere auch den administrativen Aufwand der Behörden (33%). Die Gegnerschaft verweist insbesondere auf die erfolgreiche Abstimmung zur Individualbesteuerung (57%) und meint, dass es eine Zwängerei sei, im selben Jahr noch einmal darüber abzustimmen.

Kriegsmaterialgesetz

Das Kriegsmaterialgesetz wird aktuell von 44% der Stimmbevölkerung unterstützt, 47% sind dagegen und 9% machen noch keine Angabe zu ihrem Stimmverhalten. Ein sehr grosser Unterschied in der Stimmabsicht zeigt sich bei den Geschlechtern: Nur 31% der Frauen wollen Ja stimmen, bei den Männern sind es 55%. Die Unterschiede nach Parteien sind auch ausgeprägt: Die Wählerschaft der Grünen und SP lehnt das Gesetz klar ab (19% bzw. 24% Ja). Die Basis der SVP ist noch unentschieden (45% Ja versus 47% Nein), während sich die Wählenden der GLP, Mitte und

FDP mehrheitlich für das Kriegsmaterialgesetz aussprechen (53%, 55% bzw. 64% Ja). Die Zustimmung ist auf dem Land (45% Ja) und in der Agglomeration (46% Ja) höher als in der Stadt (38% Ja) und steigt mit zunehmendem Alter sowie zunehmendem Einkommen.

Für die meisten Befürwortenden geht es darum, die eigene Verteidigungsfähigkeit zu erhalten: Die Schweiz brauche eine eigene Rüstungsindustrie. Doch die aktuellen Exportregeln seien so streng, dass künftig weniger in der Schweiz eingekauft werden könnte (30%). Bei der Gegnerschaft überwiegt ein Argument sehr deutlich, nämlich dass Exporte in Staaten, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden, neu möglich wären und es einfacher würde, in Länder zu liefern, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt werden (41%).

Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 11’239 nach demografischen, geografischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Umfrageteilnehmenden (8’465 aus der Deutschschweiz, 2’490 aus der Romandie und 284 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 7. – 8. Oktober 2026
- Auswertungszeitraum: 9. – 13. Oktober 2026
- Stichproben-Fehlerbereich: ± 1.6 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.

Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind im Umfrage-Archiv des Tages-Anzeigers abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz:	20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie:	20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin:	tio.ch/20 Minuti

Kontakt

Mario Stäuble, Ressortleiter Inland
mario.staeuble@tages-anzeiger.ch

Projektleitung: Mario Stäuble (mario.staeuble@tages-anzeiger.ch)
Projektkoordination: Jean-Claude Gerber (jean-claude.gerber@20minuten.ch), Edgar Schuler (edgar.schuler@tamedia.ch)

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Rahel Freiburghaus (freiburghaus@leewas.ch), Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch), Thomas Willi (willi@leewas.ch), Jenny Yin (yin@leewas.ch)

Über die 20 Minuten Gruppe

20 Minuten wurde Ende 1999 als Pendlerzeitung für eine junge und urbane Zielgruppe lanciert und hat sich rasch zur reichweitenstärksten digitalen Medienmarke in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. 20 Minuten macht Journalismus, der Menschen zusammenbringt, und bietet - kompakt auf einer Plattform - den perfekten Content-Mix mit allem, was die Menschen in der Schweiz bewegt, betrifft und bereichert. 20 Minuten bietet News aus der Schweiz und der Welt, Sport, Unterhaltung und Inspiration sowie einen rege genutzten Community-Bereich. Der Journalismus von 20 Minuten ist verlässlich, kompakt, verantwortungsvoll und ausgewogen, damit sich die Leserinnen und Leser ihre eigene Meinung bilden können.

Die 20 Minuten Gruppe ist Teil der TX Group und umfasst die News-Medien 20 Minuten, 20 Minutes und lematin.ch, das Digitalradio GOAT Radio sowie die Beteiligungen tio.ch/20 Minuti im Tessin und L'essentiel in Luxemburg.
www.20minuten.ch

Über Tamedia

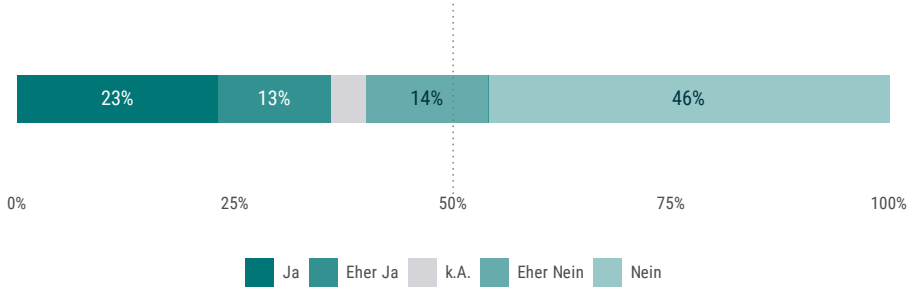
Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören auch Zeitungsdruckereien und eine eigene Vermarktungseinheit zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende gibt es im Umfrage-Archiv.

1 Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

Tabelle 1: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	%	
Ja	23	36
Eher Ja	13	
Eher Nein	14	60
Nein	46	
Keine Angabe	4	
Statistische Unschärfe (±)	2	

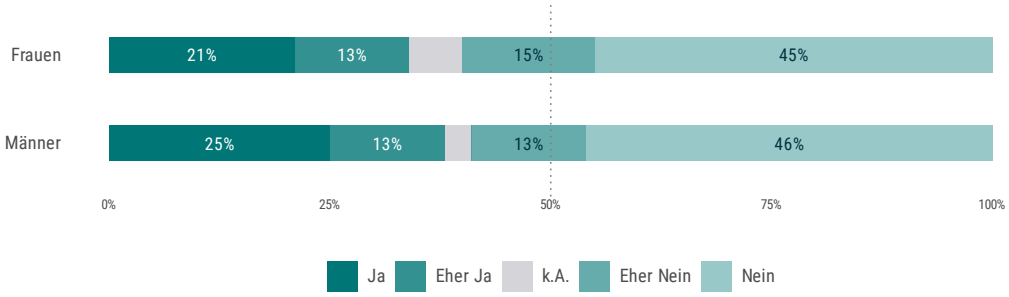


Zurück zur Zusammenfassung

1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	25	21
Eher Ja	13	13
Eher Nein	13	15
Nein	46	45
Keine Angabe	3	6
Statistische Unschärfe (±)	2	3

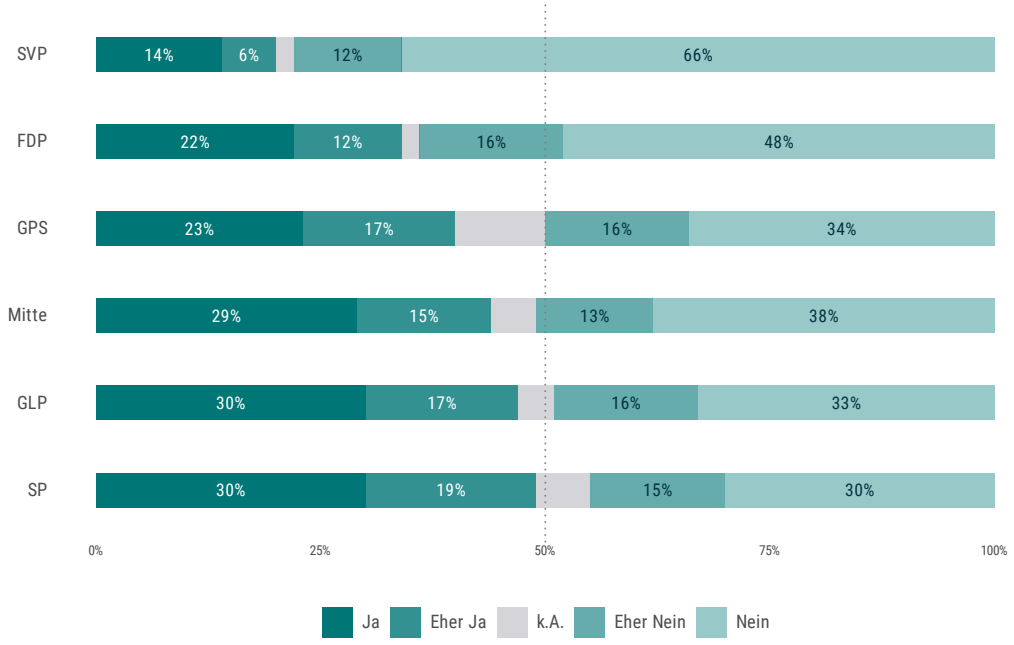


Zurück zur Zusammenfassung

1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	22	29	30	14	23	30
Eher Ja	12	15	19	6	17	17
Eher Nein	16	13	15	12	16	16
Nein	48	38	30	66	34	33
Keine Angabe	2	5	6	2	10	4
Statistische Unschärfe (±)	4	4	4	3	6	5

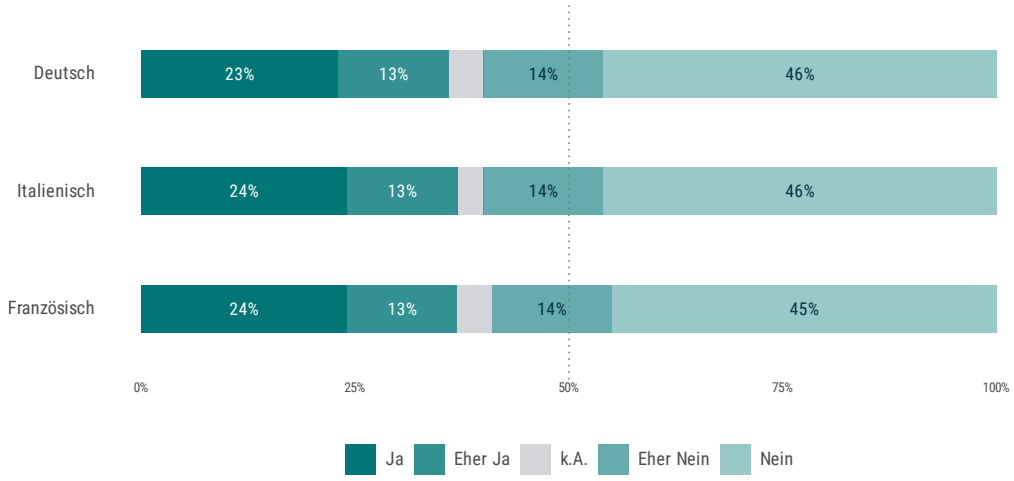


Zurück zur Zusammenfassung

1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	23	24	24
Eher Ja	13	13	13
Eher Nein	14	14	14
Nein	46	45	46
Keine Angabe	4	4	3
Statistische Unschärfe (±)	4	6	17

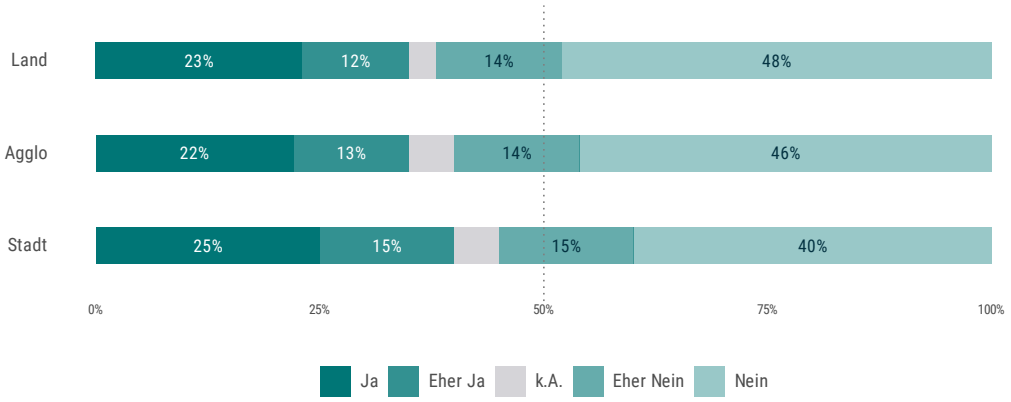


Zurück zur Zusammenfassung

1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	25	22	23
Eher Ja	15	13	12
Eher Nein	15	14	14
Nein	40	46	48
Keine Angabe	5	5	3
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3

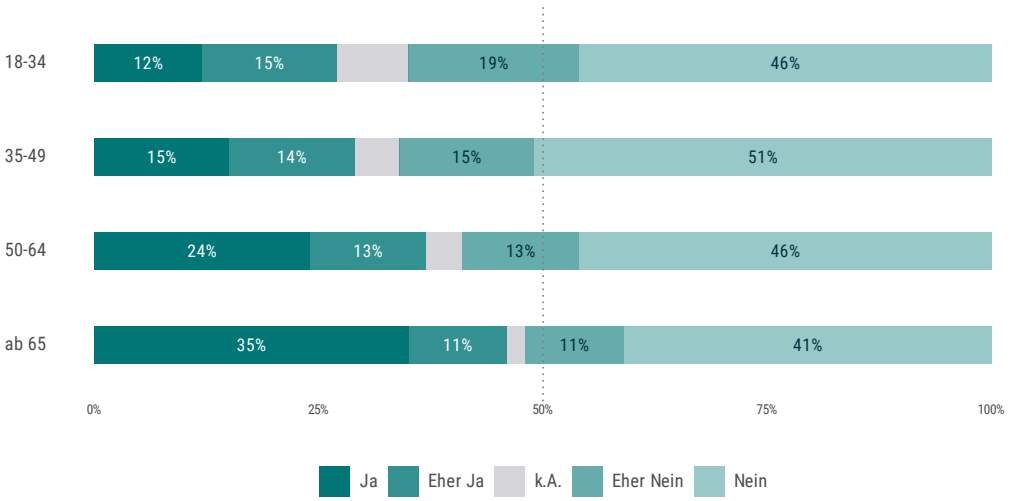


Zurück zur Zusammenfassung

1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	12	15	24	35
Eher Ja	15	14	13	11
Eher Nein	19	15	13	11
Nein	46	51	46	41
Keine Angabe	8	5	4	2
Statistische Unschärfe (±)	5	3	3	2

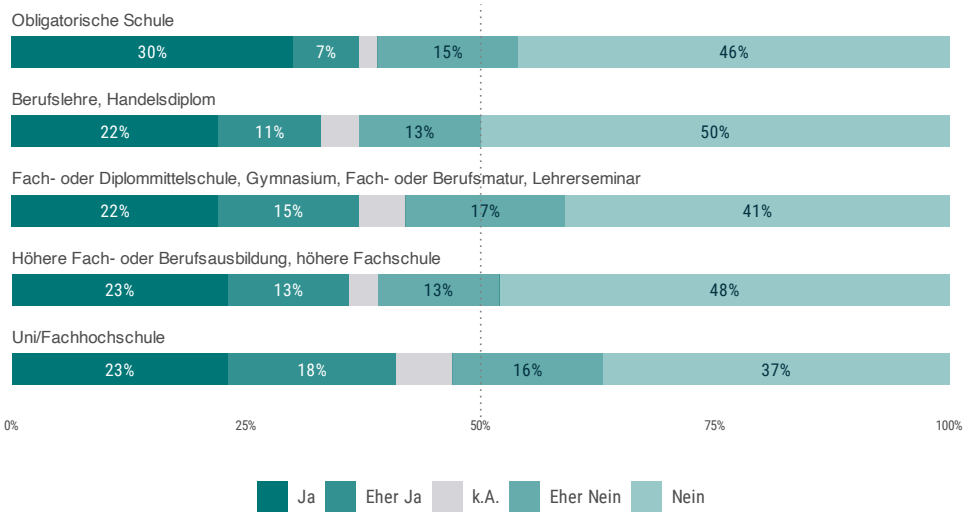


Zurück zur Zusammenfassung

1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 7: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	30	22	22	23	23
Eher Ja	7	11	15	13	18
Eher Nein	15	13	17	13	16
Nein	46	50	41	48	37
Keine Angabe	2	4	5	3	6
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2

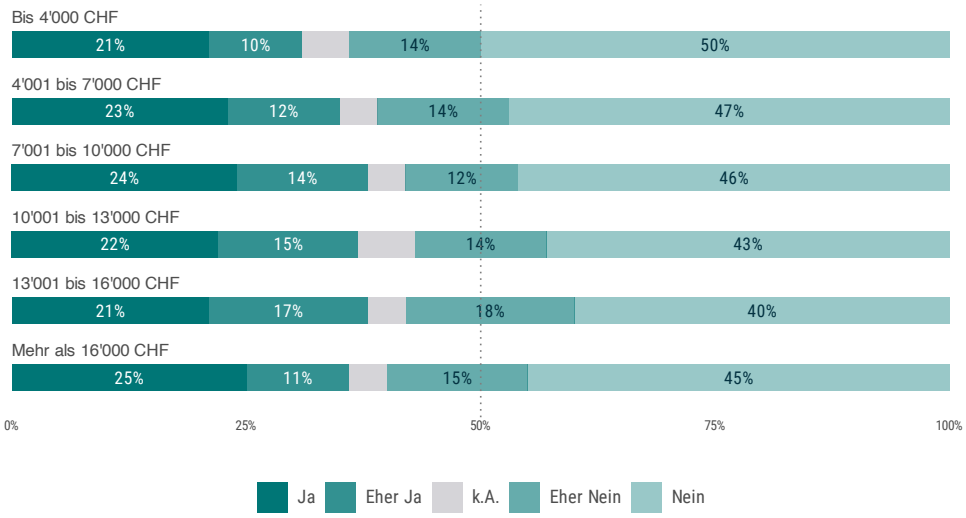


Zurück zur Zusammenfassung

1.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 8: Werden Sie für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	21	23	24	22	21	25
Eher Ja	10	12	14	15	17	11
Eher Nein	14	14	12	14	18	15
Nein	50	47	46	43	40	45
Keine Angabe	5	4	4	6	4	4
Statistische Unschärfe (±)	6	3	3	4	5	5



Zurück zur Zusammenfassung

1.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 9: Welches Argument spricht am ehesten für die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

	%
Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist gerecht, denn so tragen nicht nur Erwerbstätige, sondern auch Rentnerinnen und Rentner, Unternehmen sowie ausländische Gäste zur Finanzierung bei.	37
Das Volk hat Ja gesagt zur 13. AHV-Rente. Jetzt muss sie auch bezahlt werden.	29
Tiefe und mittlere Einkommen werden geschont, da der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 2,6 Prozent auf Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel und Medikamente nicht erhöht wird.	17
Ohne Zusatzfinanzierung für die 13. Altersrente würde der Druck auf eine Erhöhung des Rentenalters steigen, da die Reserven des AHV-Fonds rasch aufgebraucht wären.	15
Ein anderes	1
Keines	1

Tabelle 10: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Mehrwertsteuererhöhung für die AHV

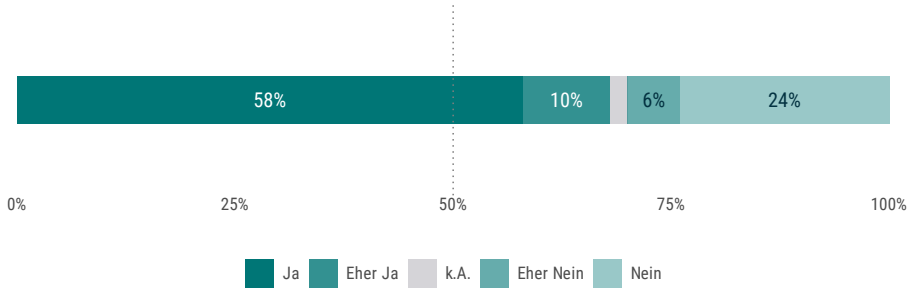
	%
Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verteuert zahlreiche Waren und Dienstleistungen und schmälert damit die Kaufkraft besonders des Mittelstandes und von Haushalten mit kleinem Budget.	38
Es gäbe bessere Finanzierungsmöglichkeiten, als ständig die Mehrwertsteuer zu erhöhen.	35
Mit einer dauerhaften Steuererhöhung lässt sich die AHV nicht stabilisieren. Dafür braucht es strukturelle Reformen der Altersvorsorge, einschliesslich einer Erhöhung des Rentenalters.	14
Werden nur die Mehrwertsteuer, nicht aber die Lohnbeiträge erhöht, ist die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht vollständig gesichert, weshalb bald neue Massnahmen nötig werden.	6
Ein anderes	4
Keines	3

Zurück zur Zusammenfassung

2 Feuerwerksinitiative

Tabelle 11: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	%	
Ja	58	68
Eher Ja	10	
Eher Nein	6	30
Nein	24	
Keine Angabe	2	
Statistische Unschärfe (±)	2	

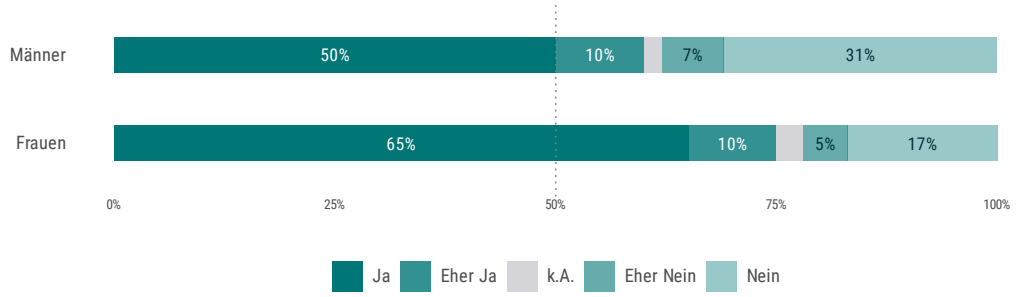


Zurück zur Zusammenfassung

2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 12: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	50	65
Eher Ja	10	10
Eher Nein	7	5
Nein	31	17
Keine Angabe	2	3
Statistische Unschärfe (±)	2	3

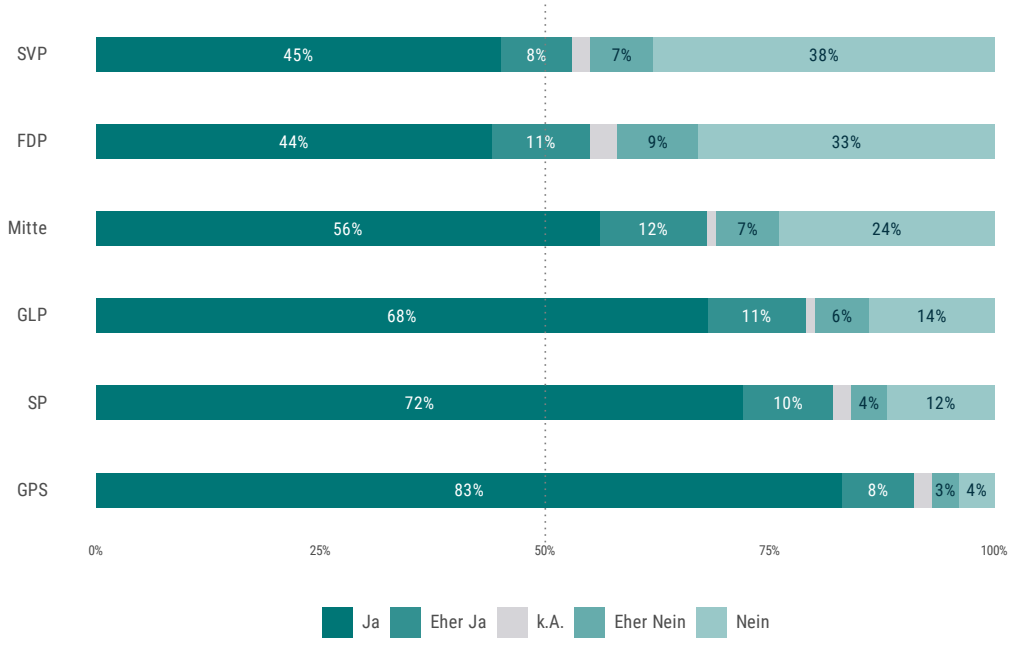


Zurück zur Zusammenfassung

2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 13: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	44	56	72	45	83	68
Eher Ja	11	12	10	8	8	11
Eher Nein	9	7	4	7	3	6
Nein	33	24	12	38	4	14
Keine Angabe	3	1	2	2	2	1
Statistische Unschärfe (±)	4	4	4	3	6	5

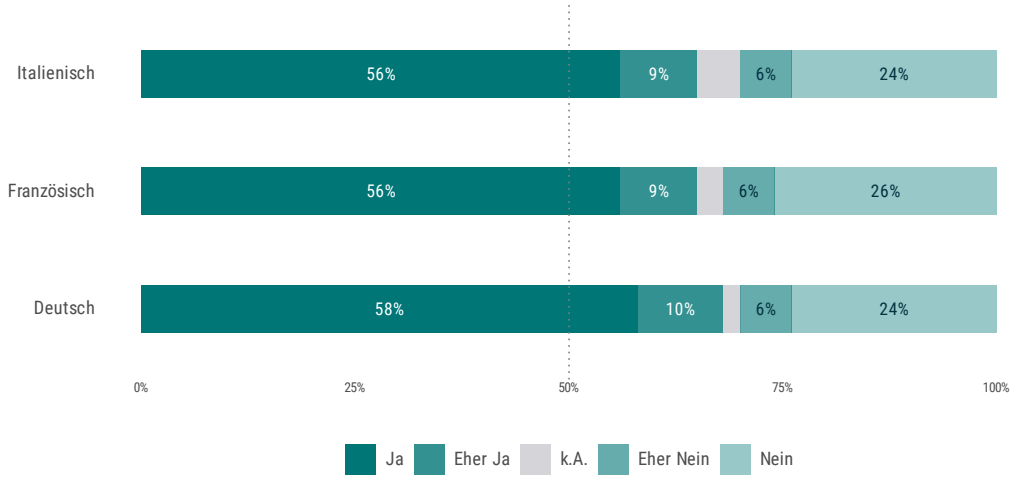


Zurück zur Zusammenfassung

2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 14: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	58	56	56
Eher Ja	10	9	9
Eher Nein	6	6	6
Nein	24	26	24
Keine Angabe	2	3	5
Statistische Unschärfe (±)	4	6	17

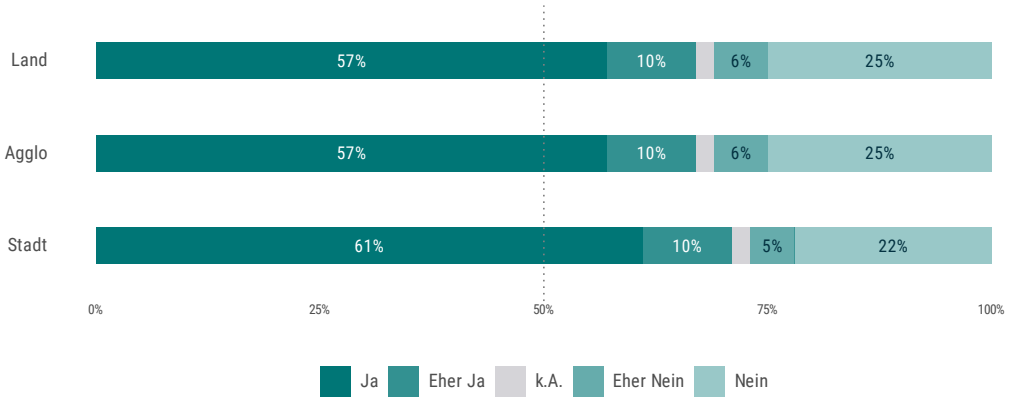


Zurück zur Zusammenfassung

2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 15: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	61	57	57
Eher Ja	10	10	10
Eher Nein	5	6	6
Nein	22	25	25
Keine Angabe	2	2	2
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3

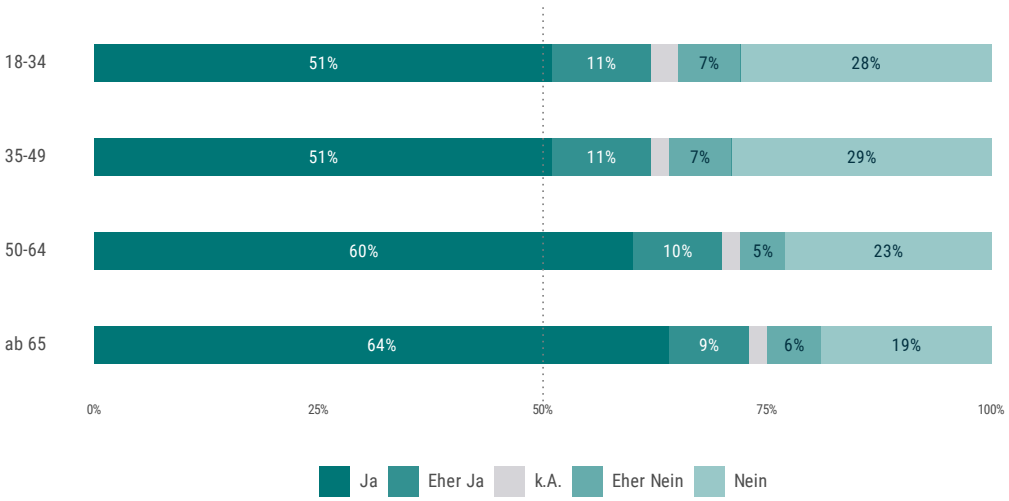


Zurück zur Zusammenfassung

2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 16: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	51	51	60	64
Eher Ja	11	11	10	9
Eher Nein	7	7	5	6
Nein	28	29	23	19
Keine Angabe	3	2	2	2
Statistische Unschärfe (±)	5	3	3	2

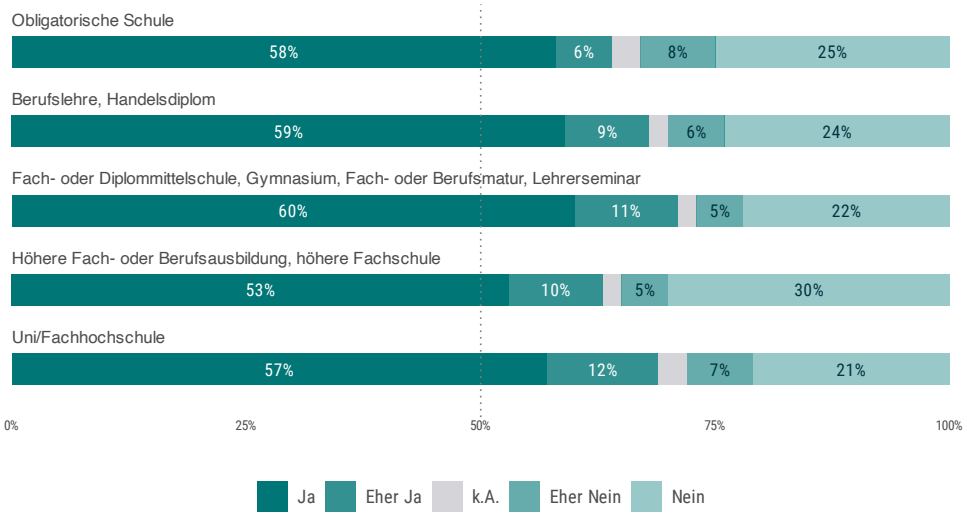


Zurück zur Zusammenfassung

2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 17: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	58	59	60	53	57
Eher Ja	6	9	11	10	12
Eher Nein	8	6	5	5	7
Nein	25	24	22	30	21
Keine Angabe	3	2	2	2	3
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2

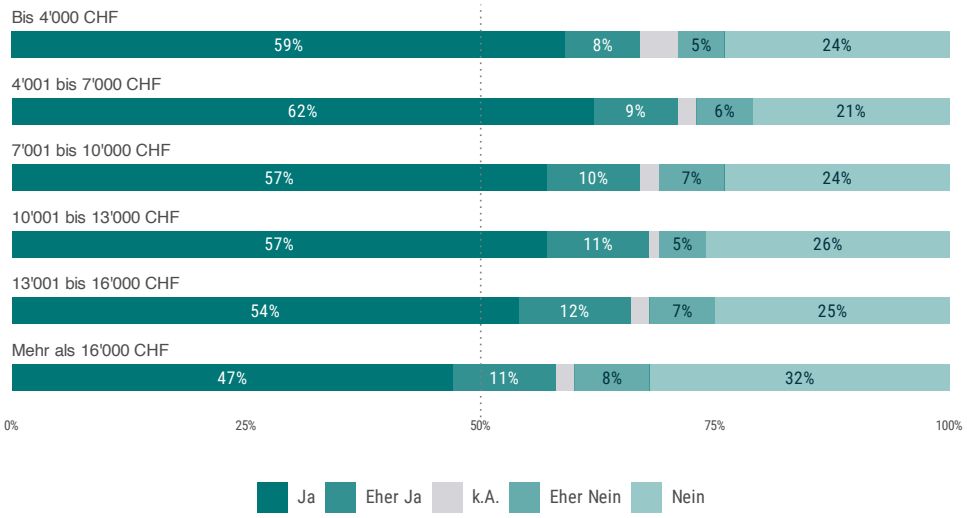


Zurück zur Zusammenfassung

2.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 18: Werden Sie für die Feuerwerksinitiative stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	59	62	57	57	54	47
Eher Ja	8	9	10	11	12	11
Eher Nein	5	6	7	5	7	8
Nein	24	21	24	26	25	32
Keine Angabe	4	2	2	1	2	2
Statistische Unschärfe (±)	6	3	3	4	5	5



Zurück zur Zusammenfassung

2.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 19: Welches Argument spricht am ehesten für die Feuerwerksinitiative

	%
Die Knallerei versetzt Haus-, Nutz- und Wildtiere in Panik und Dauerstress. Fluchtreaktionen können zu Entlaufen, Verletzungen oder Todesfällen führen.	43
Feuerwerk hinterlässt viel Abfall, der zum grossen Teil in der Natur und auf Agrarflächen landet. Zudem gelangt gesundheitsschädlicher Feinstaub in die Luft.	28
Das Verbot betrifft nur lautes, privates Feuerwerk. Stille Feuerwerke wie Vulkane bleiben erlaubt, ebenso grosse, öffentliche Feuerwerke an Feiertagen wie dem 1. August.	27
Ein anderes	1
Keines	1

Tabelle 20: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Feuerwerksinitiative

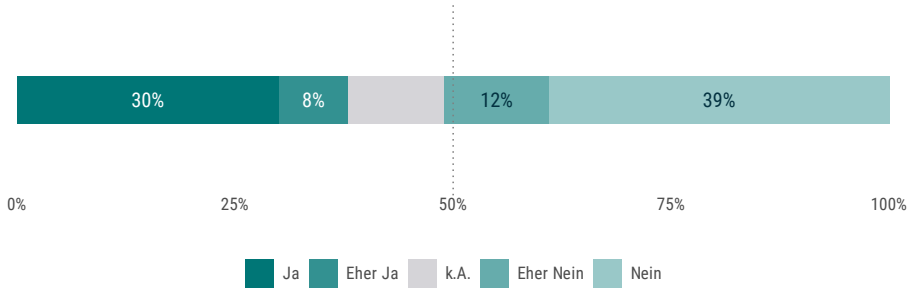
	%
Das Zünden von Feuerwerk am 1. August oder an Silvester, aber auch an Stadt- und Vereinsfesten, ist ein fester Bestandteil der Schweizer Kultur und Festtagstradition.	38
Bestehende Regeln reichen aus. Kantone und Gemeinden können Verkauf und Verwendung von Feuerwerk bereits heute zeitlich, örtlich oder über Bewilligungen einschränken.	37
Ein flächendeckendes Verbot ist unverhältnismässig, da sich die Belastung durch Lärm und Feinstaub auf wenige Tage im Jahr beschränkt und rasch wieder abnimmt.	21
Ein anderes	2
Keines	2

Zurück zur Zusammenfassung

3 Fairnessinitiative

Tabelle 21: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	%	
Ja	30	38
Eher Ja	8	
Eher Nein	12	51
Nein	39	
Keine Angabe	11	
Statistische Unschärfe (±)	2	

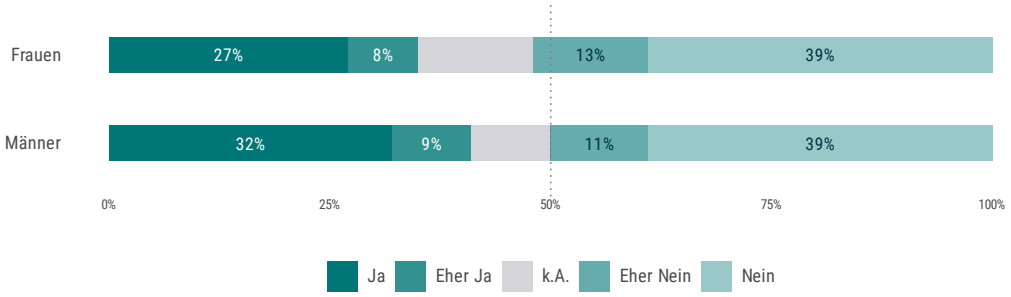


Zurück zur Zusammenfassung

3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 22: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	32	27
Eher Ja	9	8
Eher Nein	11	13
Nein	39	39
Keine Angabe	9	13
Statistische Unschärfe (±)	2	3

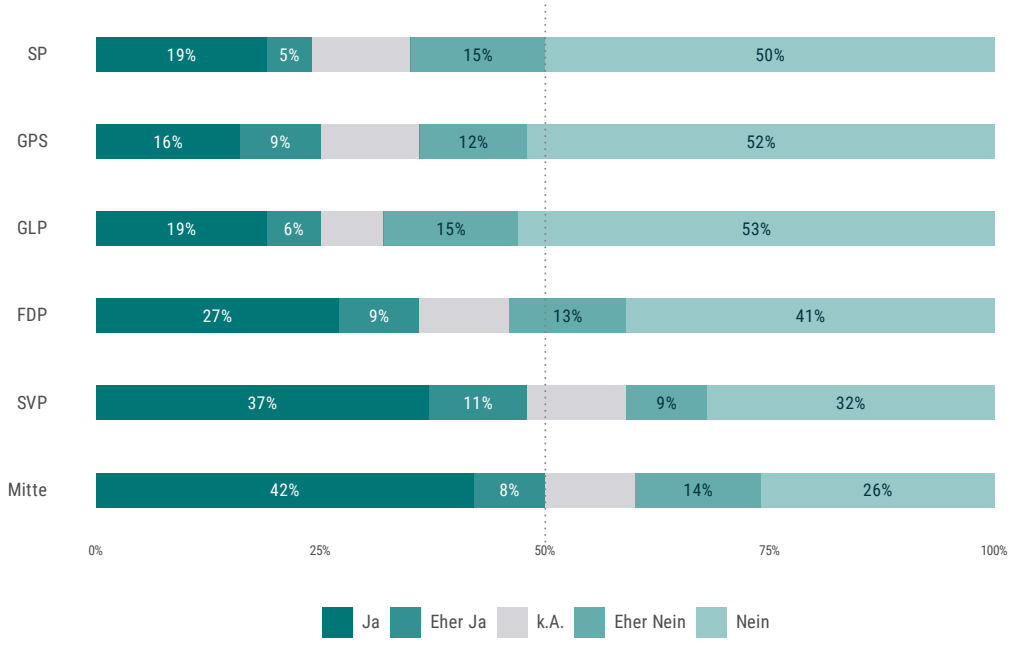


Zurück zur Zusammenfassung

3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 23: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	27	42	19	37	16	19
Eher Ja	9	8	5	11	9	6
Eher Nein	13	14	15	9	12	15
Nein	41	26	50	32	52	53
Keine Angabe	10	10	11	11	11	7
Statistische Unschärfe (±)	4	4	4	3	6	5

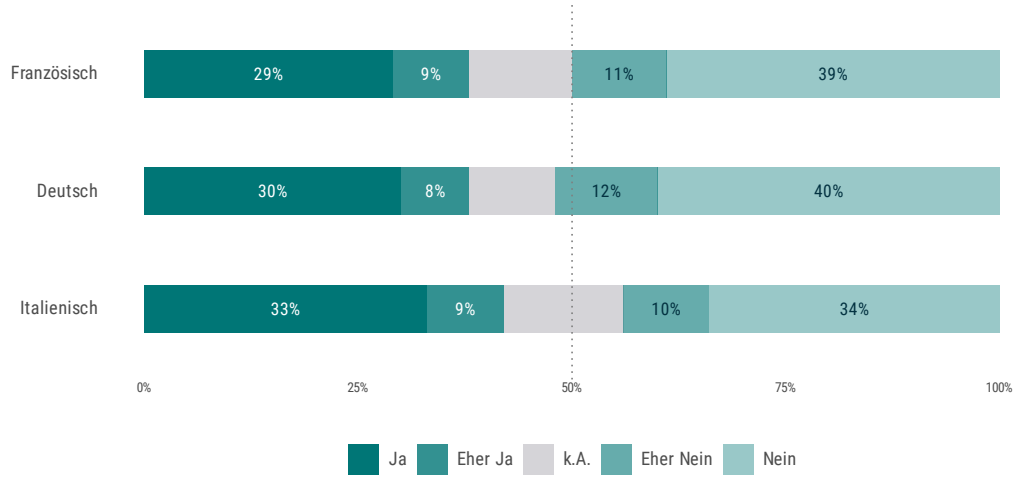


Zurück zur Zusammenfassung

3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 24: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	30	29	33
Eher Ja	8	9	9
Eher Nein	12	11	10
Nein	40	39	34
Keine Angabe	10	12	14
Statistische Unschärfe (±)	4	6	17

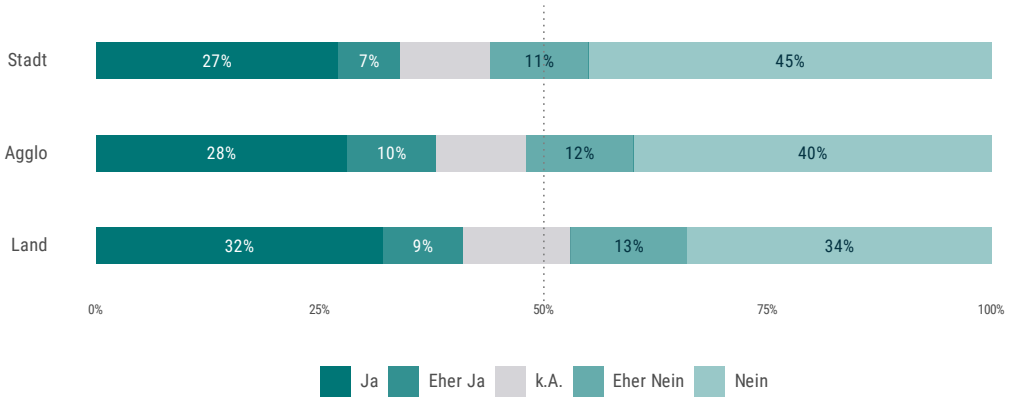


Zurück zur Zusammenfassung

3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 25: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	27	28	32
Eher Ja	7	10	9
Eher Nein	11	12	13
Nein	45	40	34
Keine Angabe	10	10	12
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3

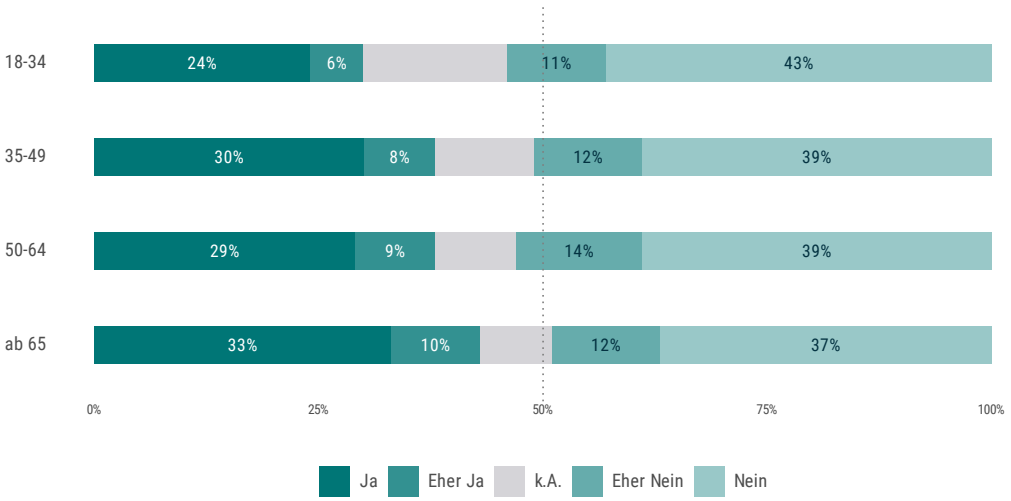


Zurück zur Zusammenfassung

3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 26: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	24	30	29	33
Eher Ja	6	8	9	10
Eher Nein	11	12	14	12
Nein	43	39	39	37
Keine Angabe	16	11	9	8
Statistische Unschärfe (±)	5	3	3	2

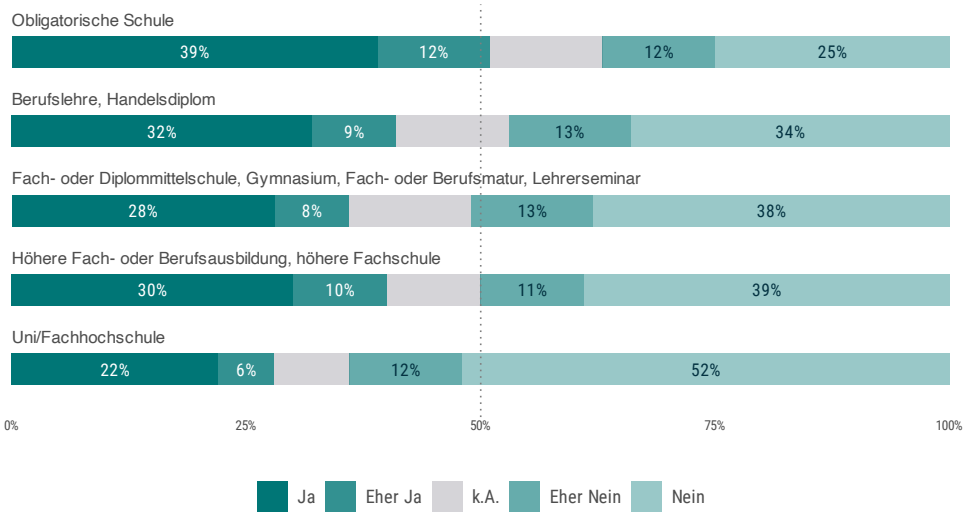


Zurück zur Zusammenfassung

3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 27: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	39	32	28	30	22
Eher Ja	12	9	8	10	6
Eher Nein	12	13	13	11	12
Nein	25	34	38	39	52
Keine Angabe	12	12	13	10	8
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2

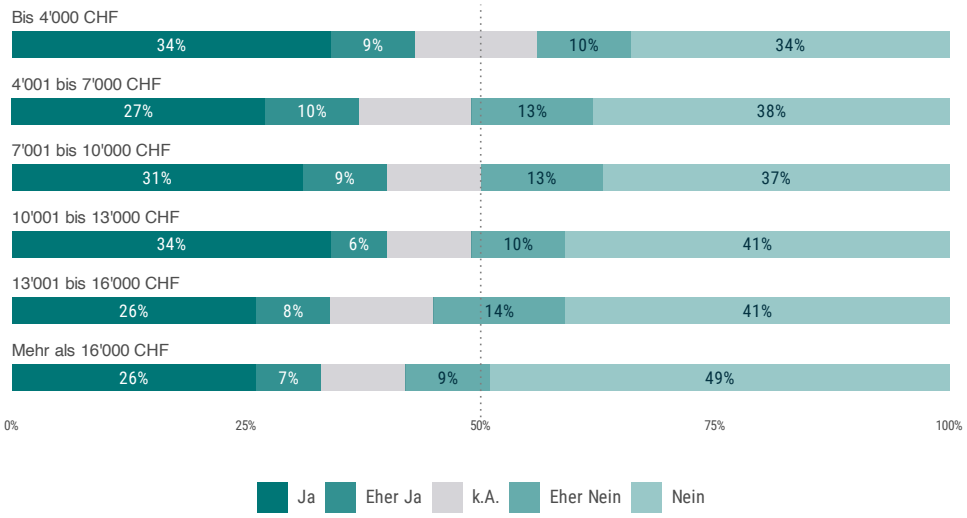


Zurück zur Zusammenfassung

3.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 28: Werden Sie für die Fairnessinitiative stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	34	27	31	34	26	26
Eher Ja	9	10	9	6	8	7
Eher Nein	10	13	13	10	14	9
Nein	34	38	37	41	41	49
Keine Angabe	13	12	10	9	11	9
Statistische Unschärfe (±)	6	3	3	4	5	5



Zurück zur Zusammenfassung

3.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 29: Welches Argument spricht am ehesten für die Fairnessinitiative

	%
Ehepaare sollten bei der direkten Bundessteuer nie mehr als vergleichbare unverheiratete Paare bezahlen.	36
Ehepaare müssen nur eine Steuererklärung ausfüllen, statt zwei wie bei der Individualbesteuerung. Das verringert auch den administrativen Aufwand der Behörden.	33
Im Gegensatz zur Individualbesteuerung werden Einverdiener-Ehepaare steuerlich nicht gegenüber Doppelverdienern benachteiligt.	21
Die Initiative respektiert den Föderalismus, da sie sich auf die direkte Bundessteuer beschränkt, ohne den Kantonen einen Umbau ihrer Steuersysteme aufzuzwingen.	6
Ein anderes	2
Keines	2

Tabelle 30: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Fairnessinitiative

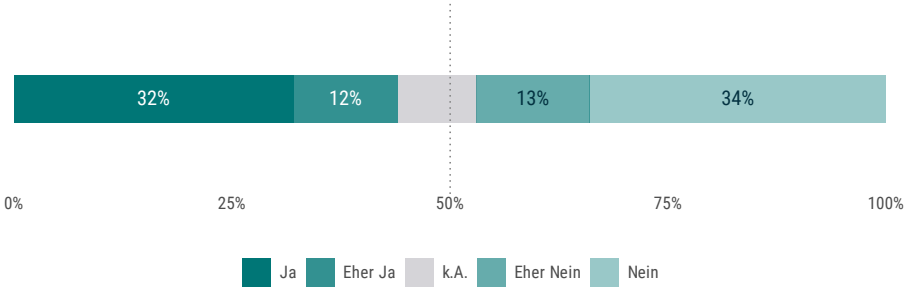
	%
Im selben Jahr, in dem die Individualbesteuerung beschlossen wurde, über deren Abschaffung abzustimmen, ist eine Zwängerei.	57
Im Gegensatz zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung würde die Ehe steuerlich privilegiert, während unverheiratete Personen und Konkubinatspaare schlechtergestellt werden könnten.	17
Bei einer Annahme droht ein Steuerchaos: Beim Bund würde die gemeinsame Besteuerung, in den Kantonen und Gemeinden möglicherweise aber die Individualbesteuerung gelten.	14
Der Arbeitsanreiz für Zweitverdienende – meist Frauen – würde abgeschwächt, da das zusätzliche Einkommen weiterhin stärker von der Progression erfasst würde.	6
Ein anderes	3
Keines	3

Zurück zur Zusammenfassung

4 Kriegsmaterialgesetz

Tabelle 31: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	%	
Ja	32	44
Eher Ja	12	
Eher Nein	13	47
Nein	34	
Keine Angabe	9	
Statistische Unschärfe (±)	2	

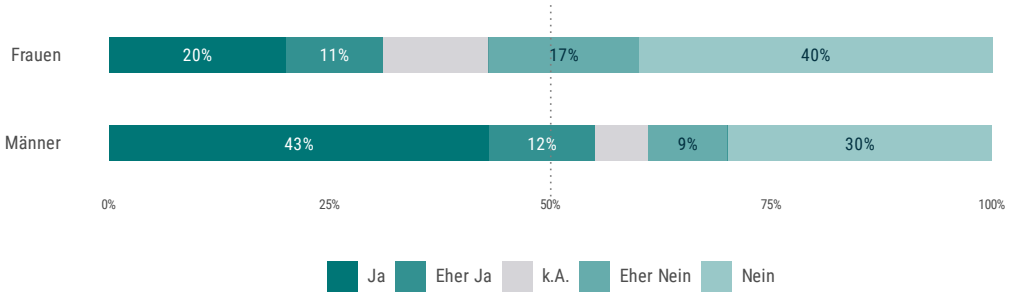


Zurück zur Zusammenfassung

4.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 32: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	43	20
Eher Ja	12	11
Eher Nein	9	17
Nein	30	40
Keine Angabe	6	12
Statistische Unschärfe (±)	2	3

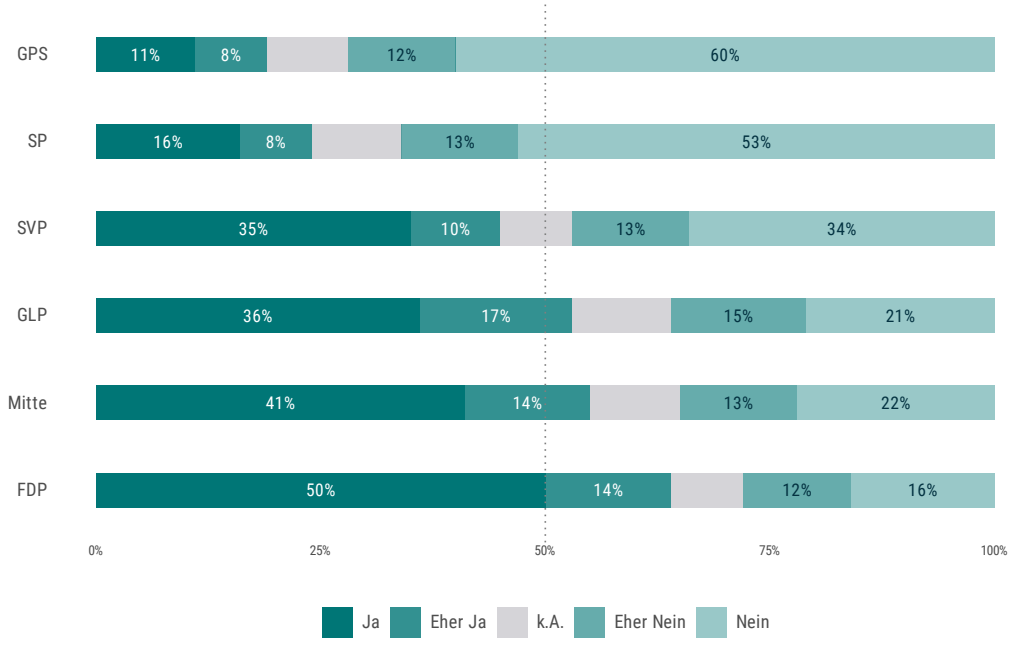


Zurück zur Zusammenfassung

4.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 33: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	50	41	16	35	11	36
Eher Ja	14	14	8	10	8	17
Eher Nein	12	13	13	13	12	15
Nein	16	22	53	34	60	21
Keine Angabe	8	10	10	8	9	11
Statistische Unschärfe (±)	4	4	4	3	6	5

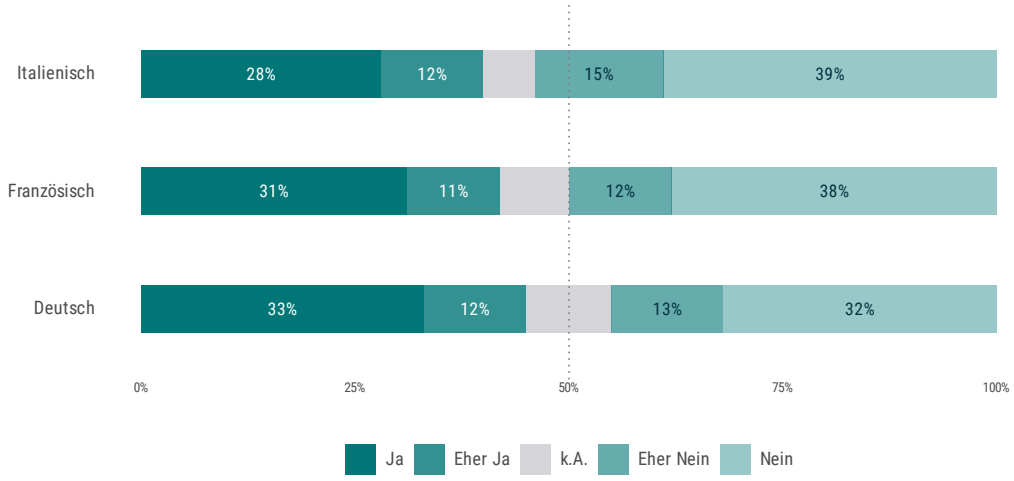


Zurück zur Zusammenfassung

4.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 34: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	33	31	28
Eher Ja	12	11	12
Eher Nein	13	12	15
Nein	32	38	39
Keine Angabe	10	8	6
Statistische Unschärfe (±)	4	6	17

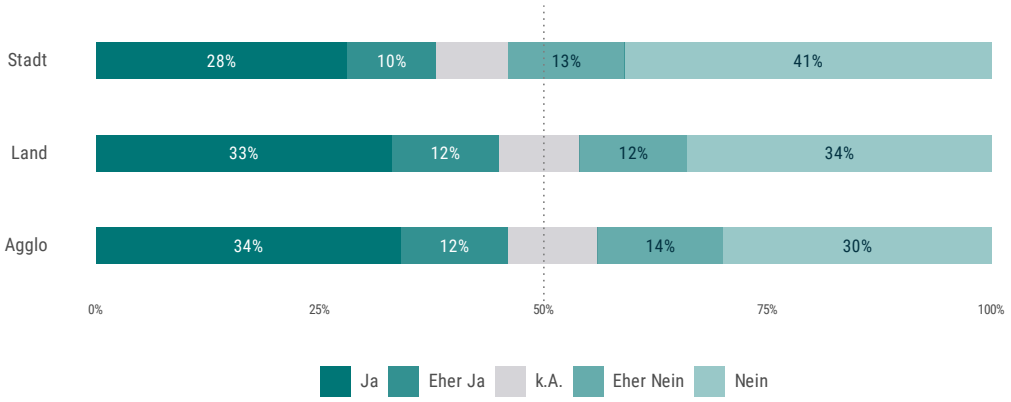


Zurück zur Zusammenfassung

4.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 35: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	28	34	33
Eher Ja	10	12	12
Eher Nein	13	14	12
Nein	41	30	34
Keine Angabe	8	10	9
Statistische Unschärfe (±)	3	3	3

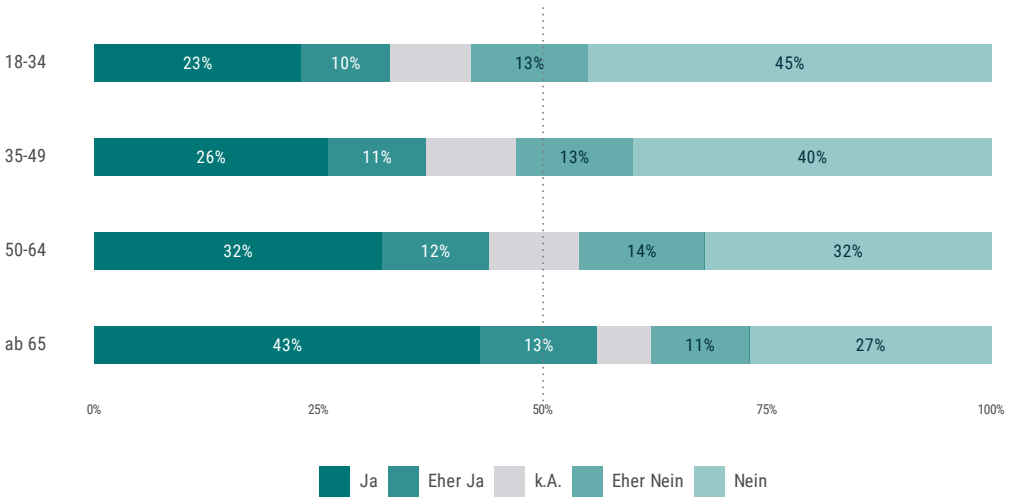


Zurück zur Zusammenfassung

4.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 36: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	23	26	32	43
Eher Ja	10	11	12	13
Eher Nein	13	13	14	11
Nein	45	40	32	27
Keine Angabe	9	10	10	6
Statistische Unschärfe (±)	5	3	3	2

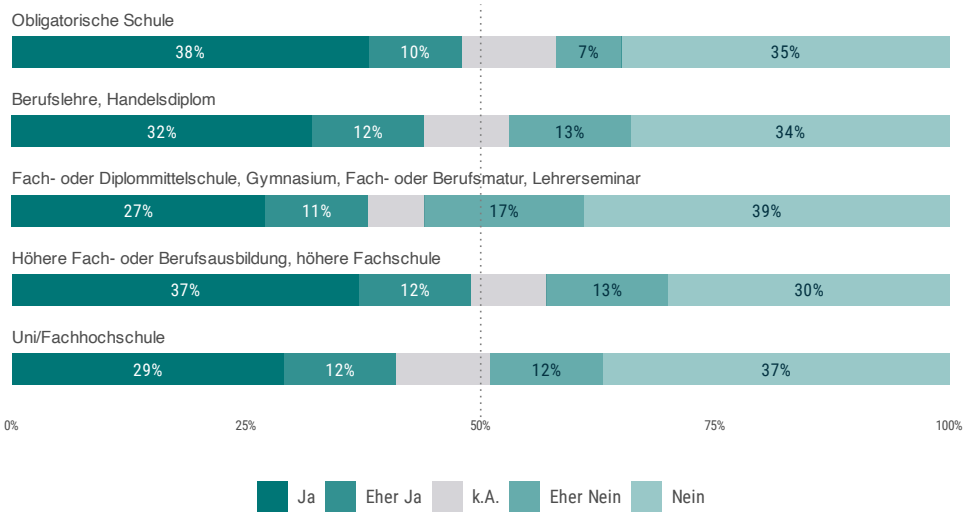


Zurück zur Zusammenfassung

4.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 37: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	38	32	27	37	29
Eher Ja	10	12	11	12	12
Eher Nein	7	13	17	13	12
Nein	35	34	39	30	37
Keine Angabe	10	9	6	8	10
Statistische Unschärfe (±)	9	3	5	3	2

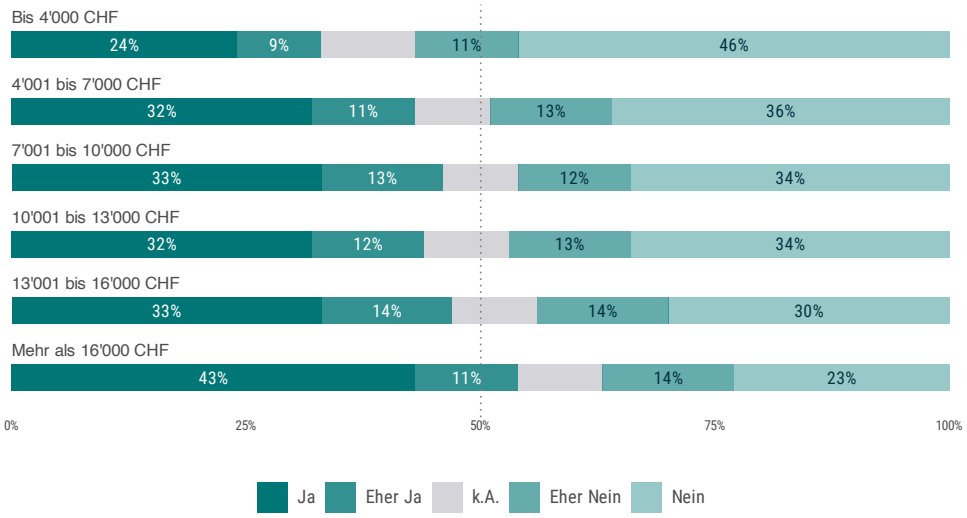


Zurück zur Zusammenfassung

4.7 Unterstützung nach Einkommen

Tabelle 38: Werden Sie für das Kriegsmaterialgesetz stimmen?

	bis 4'000 CHF	4'001 - 7'000 CHF	7'001 - 10'000 CHF	10'001 - 13'000 CHF	13'001 - 16'000 CHF	mehr als 16'000 CHF
Ja	24	32	33	32	33	43
Eher Ja	9	11	13	12	14	11
Eher Nein	11	13	12	13	14	14
Nein	46	36	34	34	30	23
Keine Angabe	10	8	8	9	9	9
Statistische Unschärfe (±)	6	3	3	4	5	5



Zurück zur Zusammenfassung

4.8 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürwortenden oder die Ablehnenden einer Vorlage berechnet.

Tabelle 39: Welches Argument spricht am ehesten für das Kriegsmaterialgesetz

	%
Um die eigene Verteidigungsfähigkeit zu erhalten, braucht die Schweiz eine eigene Rüstungsindustrie. Doch die aktuellen Exportregeln sind so streng, dass künftig weniger in der Schweiz eingekauft werden könnte.	30
Die Schweizer Waffenexportregeln sind schon lange unnötig streng. Beim Export soll alles möglich sein, was mit der Neutralität vereinbar ist.	25
Der Bundesrat kann weiterhin Ausfuhren untersagen sowie Nichtwiederausfuhr-Erklärungen von einzelnen Staaten verlangen, sofern aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Gründe dies erfordern.	21
Die Schweiz stärkt die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit ihren Partnern, wenn sie die Regeln für den Export und die Weitergabe von Schweizer Waffen lockert.	21
Ein anderes	2
Keines	1

Tabelle 40: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Kriegsmaterialgesetz

	%
Exporte in Staaten, die sich in einem bewaffneten Konflikt befinden, wären neu möglich und es wäre einfacher, in Länder zu liefern, wo die Menschenrechte systematisch verletzt werden.	41
Verlangt der Bund keine Nichtwiederausfuhr-Erklärung beim Export von Schweizer Waffen, erhöht sich das Risiko, dass diese Waffen später in Bürgerkriegen oder bei Terrorgruppen landen.	20
Der Bundesrat hätte zu viel Macht, da er ohne parlamentarische Kontrolle Ausnahmen von den gesetzlichen Exportkriterien beschliessen könnte.	13
Entgegen dem ursprünglichen Zweck der Revision können europäische Staaten bereits gekaufte Schweizer Waffen weiterhin nicht an die Ukraine weitergeben.	13
Ein anderes	7
Keines	6

Zurück zur Zusammenfassung



5 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 11'239 Umfrageteilnehmenden (8'465 aus der Deutschschweiz, 2'490 aus der Romandie und 284 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α-Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm$1.6%-Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 7. – 8. Oktober 2026 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modelliert.

6 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner, was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 41, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm$ 10% gross, da deutlich weniger Tessiner:innen an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100-mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" $\pm$ "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 41: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Keine Angabe	2	4	5
Statistische Unschärfe ($\pm$)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Dieselbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht

zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.[1] Die angegebene statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden sprechen kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

Zurück zum Inhaltsverzeichnis

[1]Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet so kaum fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.

7 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?

Die Genauigkeit von Abstimmungsumfragen zu eruieren ist gar nicht so einfach, da sich die Unterstützung von Vorlagen über die Zeit verändert und in den letzten Tagen vor dem Abstimmungssonntag in der Schweiz keine Umfragen mehr publiziert werden. Grundsätzlich sind die etablierten Umfragen in der Schweiz von guter Qualität. Wichtig ist zudem, dass eine Mehrzahl von seriös durchgeführten Umfragen die Qualität insgesamt verbessert und den Informationsstand der Bevölkerung steigert. Elementar ist aus unserer Sicht, dass Umfragen öffentlich publiziert werden und nicht exklusiv einzelnen Interessengruppen für ihre Kampagnen zur Verfgung stehen. Wenn Umfrageresultate als *res publica* für alle zugänglich sind, bieten diese eine demokratisch wertvolle Orientierungshilfe. Trotzdem sollten Umfragen immer mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden.

Gehen wir also zurück zur Frage, wie genau die Umfrageresultate eigentlich sind. Der folgende Vergleich soll es jeder Leser:in erlauben, sich ein eigenes Bild in Bezug auf die Qualität der etablierten Umfragen in der Schweiz zu machen. Hierzu vergleichen wir die Resultate unserer *design*-basierten Methode mit jener der SRG-Trendstudien, welches die andere regelmässige Umfrage im Vorfeld von eidgenössischen Vorlagen ist. Für diesen Vergleich setzen wir die Umfrageresultate dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis gegenüber. Dafür werden die letzten publizierten Werte mit dem Abstimmungsergebnis verglichen.[2] Dieser Vergleich ist unter der Annahme informativ, dass sich die Meinungen in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung nicht mehr (oder nur minim) verändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft ist eine empirische Frage.

Tabelle 42 auf der folgenden Seite weist alle Ja-Stimmenanteile unserer letzten Umfrage (20 Minuten-/Tamedia), der letzten SRG-Trendumfrage und das tatsächliche Ergebnis für alle Abstimmungen seit Februar 2014 aus. Insgesamt zeigen die Resultate, dass es Abweichungen zwischen diesen beiden etablierten Umfragen und den tatsächlichen Abstimmungsresultaten gibt.[3] Der Verlauf über mehrere Umfragen ist oft hilfreich für eine genauere Approximation, aber solche Trendanalysen sind auch stark von Annahmen getrieben. Insgesamt unterstreichen diese Erkenntnisse wiederum die Notwendigkeit von mehreren Umfragen. Wir können uns nicht auf eine einzige Umfrage oder einen spezifischen Trend verlassen, sondern sollten alle verfügbaren Informationen interpretieren.

[2] In der Schweiz werden die letzten Werte jeweils zehn Tage vor dem jeweiligen Abstimmungssonntag veröffentlicht.

[3] Die durchschnittliche Abweichung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage ist mit 5.8%-Punkte leicht besser als jene der SRG Trendumfrage (6.2%-Punkte, Stand Februar 2026).

Tabelle 42: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat I

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia Ja %	SRG Trendumfrage Ja %	Abstimmungsergebnis	Näher am Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftssteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedelungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kinderdrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia

Tabelle 43: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat II

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia Ja %	SRG Trendumfrage Ja %	Abstimmungsergebnis	Näher am Abstimmungsergebnis
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Trinkwasser-Initiative	41	44	39	20 Minuten-/Tamedia
Pestizidverbot	42	47	39	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	69	64	60	SRG Trendumfrage
CO2-Gesetz	53	54	48	20 Minuten-/Tamedia
PMT	63	62	57	SRG Trendumfrage
99-Prozent-Vi	34	37	35	20 Minuten-/Tamedia
Ehe für alle	67	63	64	SRG Trendumfrage
Pflegeinitiative	72	67	61	SRG Trendumfrage
Justiz-Initiative	37	41	32	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	68	61	62	SRG Trendumfrage
VI Tierversuchsverbot	18	26	21	20 Minuten-/Tamedia
VI Tabakwerbeverbot	60	63	57	20 Minuten-/Tamedia
Abschaffung Stempelsteuern	35	39	37	SRG Trendumfrage
Medienförderung	42	46	45	SRG Trendumfrage
Filmgesetz	52	56	60	SRG Trendumfrage
Transplantationsgesetz	61	61	60	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Schengen Weiterentwicklung	64	69	71	SRG Trendumfrage
Massentierhaltungsinitiative	39	47	37	20 Minuten-/Tamedia
Zusatzfinanzierung AHV	56	63	55	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Bundesgesetz	55	59	51	20 Minuten-/Tamedia
Verrechnungssteuer	40	47	48	SRG Trendumfrage
OECD-Mindeststeuer	71	73	78	SRG Trendumfrage
Klimaschutzgesetz	56	63	59	20 Minuten-/Tamedia
Verlängerung Covid-Gesetz	62	67	62	20 Minuten-/Tamedia
13. AHV-Rente	59	53	58	20 Minuten-/Tamedia
Renteninitiative	33	35	25	20 Minuten-/Tamedia
VI Prämienentlastung	50	50	45	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
VI Kostenbremse	45	41	37	SRG Trendumfrage
VI körperl. Unversehrtheit	23	22	26	20 Minuten-/Tamedia
Stromgesetz	64	73	69	SRG Trendumfrage
VI Biodiversität	42	46	37	20 Minuten-/Tamedia
Autobahnausbau	49	47	47	SRG Trendumfrage
Mietrecht Untermiete	46	50	48	SRG Trendumfrage
Mietrecht Eigenbedarf	41	44	46	SRG Trendumfrage
Efas	46	54	53	SRG Trendumfrage
VI Umweltverantwortung	32	37	30	20 Minuten-/Tamedia
Eigenmietwert	54	51	58	20 Minuten-/Tamedia
E-ID-Gesetz	55	59	50	20 Minuten-/Tamedia
VI Service-citoyen	28	32	16	20 Minuten-/Tamedia
Zukunftsinitiative	23	30	22	20 Minuten-/Tamedia
VI Bargeld	53	61	46	20 Minuten-/Tamedia
Gegenvorschlag VI Bargeld	65	70	73	SRG Trendumfrage
Halbierungsinitiative	42	44	38	20 Minuten-/Tamedia
Klimafonds	28	31	29	20 Minuten-/Tamedia
Individualbesteuerung	53	52	54	20 Minuten-/Tamedia
10-Millionen-Schweiz	47	45	45	SRG Trendumfrage
Zivildienstgesetz	48	48	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Neutralitätsinitiative	31	34	30	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungsinitiative	29	33	28	20 Minuten-/Tamedia

Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spin-off ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autorenschaft

Rahel Freiburghaus ist Assistenzprofessorin für Schweizer und Vergleichende Politik am Institut d'études politiques an der Universität Lausanne. Zuvor hat sie an der Universität Bern promoviert und Forschungsaufenthalte an der UCLA und in Harvard absolviert. In ihrer Forschung und Lehre beschäftigt sie sich mit dem politischen System der Schweiz und Demokratien weltweit, mit besonderem Schwerpunkt auf politischen Institutionen. Bei LeeWas wirkt sie projektspezifisch mit.

Lucas Leemann ist ausserordentlicher Professor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia University geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg und verbrachte als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi hält einen Master of Science in Psychologie und hat an der Universität Zürich in Politikwissenschaften doktoriert. In seiner Dissertation befasste er sich mit der statistischen Modellierung politischer Entscheidungsprozesse von Bürger:innen sowie künstlicher Intelligenz. Er ist unter anderem in der Lehre an der Universität Zürich tätig.

Jenny Yin hat in Zürich und Beijing Politikwissenschaften mit den Schwerpunkten Datenjournalismus und politische Ökonomie und Philosophie studiert. Zunächst war sie in der Sozial- und Marktforschung tätig und arbeitet heute in einem Teilzeitpensum beim Bundesamt für Statistik und bei LeeWas, wo sie neue Instrumente zur Schätzung und Visualisierung entwickelt.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-Mail an info@leewas.ch.